

A n t w o r t

des Ministeriums des Innern und für Sport

auf die Kleine Anfrage des Abgeordneten Damian Lohr (AfD)
– Drucksache 17/620 –

Katastrophenschutz in Rheinland-Pfalz

Die **Kleine Anfrage – Drucksache 17/620** – vom 29. Juli 2016 hat folgenden Wortlaut:

Im Juni dieses Jahres kam es in Rheinland-Pfalz zu meterhohen Überschwemmungen, die ganze Landstriche verwüsteten. Das Innenministerium stellt jedes Jahr Gelder zur Verfügung, die für den Bereich „03 08: Rettungsdienst, Katastrophenschutz und Zivile Verteidigung“ vorgesehen sind. Die entsprechenden Ein- und Auszahlungen können aus nachstehender Tabelle entnommen werden:

	in Mio. Euro	2009 ¹⁾	2010 ¹⁾	2011 ¹⁾	2012 ¹⁾	2013 ¹⁾	2014 ¹⁾	2015 ²⁾	2016 ²⁾
Rettungsdienst, Katastrophenschutz und Zivile Verteidigung	Einnahmen	– 0,02	– 0,01	– 0,03	– 0,01	– 0,01	– 0,01	– 0,01	– 6,55
	Ausgaben	17,25	18,28	17,63	15,87	12,55	9,02	7,95	17,56
	Ausgabenüberschuss	17,23	18,27	17,61	15,86	12,54	9,01	7,94	11,01

1) Haushaltsrechnungen 2009 bis 2014.

2) Haushaltsplan 2015 und 2016 – Einzelplan 03.

Ich frage die Landesregierung:

1. Wie gliedern sich die Gesamtausgaben auf in die Bereiche „Rettungsdienst“, „Katastrophenschutz“ und „Zivile Verteidigung“?
2. Wie sind die getätigten Ausgaben für das Jahr 2015 und das bisherige Jahr 2016?
3. Die Einnahmen im Jahr 2016 weisen einen deutlich höheren Planwert auf, da „Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen“ generiert wurden. Worum handelt es sich bei diesen Einnahmen genau?
4. Wie bewertet die Landesregierung die Ausstattung im Bereich Katastrophenschutz bei der Bewältigung der genannten Überschwemmungen?
5. Liegen der Landesregierung Erkenntnisse vor, dass vor dem Hintergrund der reduzierten Ausgaben der letzten Jahre eine Unterversorgung im Bereich Katastrophenschutz vorlag?

Das **Ministerium des Innern und für Sport** hat die Kleine Anfrage namens der Landesregierung mit Schreiben vom 18. August 2016 wie folgt beantwortet:

Zu den Fragen 1 und 2:

Entsprechend den Richtlinien zur Haushaltssystematik sind im Fachkapitel 03 08 (Rettungsdienst, Katastrophenschutz und Zivile Verteidigung) für einzelne Bereiche folgende Titelgruppen gebildet:

Titelgruppe 71 Katastrophenschutz,

Titelgruppe 74 Zivile Verteidigung,

Titelgruppe 76 Leitstellen und Rettungsdienst,

Titelgruppe 78 Aufwand für eine moderne Infrastruktur der Leitstellen und der Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben (Polizei, Feuerwehr, Katastrophenschutz und Rettungsdienst),

Titelgruppe 99 Aufwand für Informationstechnik.

Neben den unmittelbaren Ansätzen des Kapitels 03 08 sind auch in anderen Kapiteln mittelbar dem Katastrophenschutz zuzuordnende Ausgaben etatisiert (z. B. Personal Fachressorts in Einzelplänen der Ministerien).

Hinsichtlich der bundesweiten Vergleichbarkeit ist zu beachten, dass bei der Budgetzuordnung der Titelgruppen landesspezifische Aspekte mit zu berücksichtigen sind. So sind z. B. in der Titelgruppe 74 neben den originären Ausgaben der zivilen Verteidigung die in Rheinland-Pfalz eingerichtete Krisenkommunikation und Warnsysteme auf Landesebene seit einigen Jahren etatisiert. Ein weiteres Beispiel landesspezifischer Veranschlagung ist die Titelgruppe 78, die seit 2016 den früher in zentralen Einzelplänen enthaltenen Finanzierungsrahmen ausweist.

Die Ausgaben für die Jahre 2009 bis 2015 und für das Jahr 2016 mit Stand Juni sind:

	2009 [T €]	2010 [T €]	2011 [T €]	2012 [T €]	2013 [T €]	2014 [T €]	2015 [T €]	06.2016 [T €]
Katastrophenschutz	3 230,2	3 314,8	2 562,8	3 692,0	2 219,3	2 989,6	2 539,7	748,9
Zivile Verteidigung	93,1	92,9	88,6	62,5	62,8	95,6	128,9	122,8
Leitstellen und Rettungsdienst	7 951,8	7 991,3	7 541,4	5 447,9	4 837,4	4 178,1	3 829,0	2 434,3
Einführung der Digitalen Alarmierung								512,8
IT	80,8	736,8	422,9	316,3	448,1	527,1	523,5	24,4
Summe	11 355,9	12 135,8	10 615,7	9 518,7	7 567,6	7 790,4	7 021,0	3 843,2

Die in der Anfrage zitierten Werte der Jahresrechnung wurden verifiziert und entsprechend der Jahresergebnisse modifiziert.

Zu Frage 3

Bei den deutlich erhöhten Einnahmen im Kapitel 03 08 im Haushaltsplan für das Jahr 2016 handelt es sich um geplante Einnahmen in der Titelgruppe 78 Einführung der Digitalen Alarmierung in Höhe von 6 540 000 Euro und im Detail um die Erstattungen von Gemeinden und Gemeindeverbänden sowie von Sozialversicherungsträgern an den Investitionen des Landes zur Einführung der Digitalen Alarmierung. Die weiteren Einnahmen sind im üblichen Rahmen und lediglich mit 7 800 Euro veranschlagt.

Zu Frage 4:

Die Einsätze wurden zum überwiegenden Teil auf der Gemeindeebene erfolgreich bewältigt. Neben den Feuerwehren waren auch Kräfte des Rettungsdienstes, der Sanitätsorganisationen sowie der Bundesanstalt Technisches Hilfswerk (THW) im Einsatz. Das Land hat die betroffenen Landkreise, Städte und Gemeinden unter anderem durch landeseigene Einsatzmittel wie Großraumrettungswagen, Pumpencontainer und Sandsäcke unterstützt. Die Koordinierungsstelle der Aufsichts- und Dienstleistungsdirektion (ADD) war über den gesamten Zeitraum im Dienst. Eine Verbindungsperson des Landes war an allen Festivaltagen von „Rock am Ring“ in der Technischen Einsatzleitung vor Ort. Aufgrund der erwarteten Unwetterlage am 4. Juni erfolgte die erste Bewährungsprobe des Unterstützungskonzeptes des Landes im Brand- und Katastrophenschutz. Das Konzept ermöglichte, vordefinierte Einheiten aus nicht betroffenen Leitstellenbereichen schnell zu alarmieren und in festgelegte Bereitstellungsräume zu entsenden, um von dort bei Bedarf in den Einsatz gehen zu können.

Bei den Unwettereinsätzen kamen bis zum 8. Juni rund 18 500 Einsatzkräfte von den Feuerwehren, des Rettungsdienstes, der Sanitätsorganisationen und des THW zum Einsatz. Sie leisteten zusammen etwa 127 600 Einsatzstunden, das heißt im Durchschnitt entfielen etwa sieben Stunden auf die einzelne Einsatzkraft.

Zum Einsatz gelangten in diesem Zeitraum etwa 3 500 Fahrzeuge. Die Daten teilen sich wie folgt auf in:

Organisation	Einsatzkräfte	Fahrzeuge	Einsatzstunden
Feuerwehr	16 099	2 829	112 305
Sanitätsorganisationen	1 331	290	6 410
THW	1 053	278	8 839
Rettungsdienst	28	13	36

Sowohl Einsatzkräfte als auch Einsatzfahrzeuge leisteten in diesem Zeitraum teilweise mehrfach Hilfe und sind somit auch mehrfach erfasst worden.

Als Fazit der Unwettereinsätze kann festgestellt werden: In Rheinland-Pfalz wird der Brand- und Katastrophenschutz von den Gemeinden, Landkreisen und Städten als Verbundsystem im Rahmen der Selbstverwaltung wahrgenommen. Die Vernetzung der Gefahrenabwehrkräfte geht über Verwaltungsgrenzen hinweg, sie stellen keine Einsatzgrenzen dar. Das Verbundsystem der Gefahrenabwehr hat sich bei der Bewältigung der Unwetterschäden in den vergangenen Wochen bewährt. Die überwiegend freiwillig-ehrenamtlichen Einsatzkräfte der Feuerwehren, der Sanitätsorganisationen und des THW haben vertrauensvoll und erfolgreich zusammengearbeitet. Regelungs- und Vollzugsdefizite bei der Gefahrenabwehr sind derzeit nicht festzustellen.

Zu Frage 5:

Die Landesregierung betrachtet die Förderung des kommunal geprägten Feuerwehrwesens als eine Daueraufgabe. Sie sieht darin auch einen mittelbaren Beitrag zur Stärkung der Inneren Sicherheit. Denn Anziehungskraft, Vitalität und Prosperität von Gemeinden und Städten als Wohn-, Gewerbe- und Industriestandorte sind eng mit der Qualität der örtlich bzw. regional wahrnehmbaren Inneren Sicherheit verknüpft. Innere Sicherheit ist ein Grundbedürfnis für Lebens-, Wohn- und Arbeitsqualität und hat damit mittelbar Ausstrahlung auf die wirtschaftliche Stärke der Gemeinden und Städte. Die Förderung des Feuerwehrwesens nimmt insoweit eine Sonderstellung ein, weil das spezifische Investitionsgeschehen ausschließlich auf die Gewährleistung der öffentlichen Sicherheit, einem wichtigen Teil der Inneren Sicherheit in unserem Land, ausgerichtet ist.

In den Jahren 2011 bis 2016 hat das Land die Gemeindefeuerwehren für den Bau von Feuerwehrhäusern und Feuerwachen mit 26,5 Mio. Euro, für die Beschaffung von großen Feuerwehreinsatzfahrzeugen mit 38,5 Mio. Euro und für die Beschaffung von kleinen Feuerwehreinsatzfahrzeugen mit 14,5 Mio. Euro (sogenannte Pauschalförderung durch die Landkreise) gefördert. Im Zuge der Umstellung von der analogen auf die digitale Alarmierung förderte das Land die Kommunen bei der Beschaffung von Funkmeldeempfängern mit 1,55 Mio. Euro, die 2014 und 2015 bewilligt wurden. Für die Förderrunde 2016 betrug das Budget rund 13,5 Mio. Euro.

Insgesamt erhielten die kommunalen Aufgabenträger des Brand- und Katastrophenschutzes in den Jahren 2011 bis 2016 Fördermittel des Landes in Höhe von 81,05 Mio. Euro. Dieser Betrag setzt sich aus Mitteln der Feuerschutzsteuer, aus Allgemeinen Haushaltsmitteln und aus Mitteln des Kommunalen Finanzausgleiches (Investitionsstock) zusammen. Da die Förderquote in der Regel 33,3 Prozent der zuwendungsfähigen Kosten beträgt, kann damit gerechnet werden, dass die Gemeinden, Städte und Landkreise durch diese Förderung des Landes Investitionen in Höhe von 240 bis 320 Mio. Euro getätigt haben.

In den vergangenen sechs Jahren wurden die kommunalen Investitionen also mit durchschnittlich 13,5 Mio. Euro gefördert. Die Landesregierung wird ihr Förderprogramm auch zukünftig darauf ausrichten, dass die finanziellen Rahmenbedingungen für eine bedarfsgerechte Ausstattung der Feuerwehren bei den kommunalen Aufgabenträgern gewährleistet werden können.

Vor diesem Hintergrund kann von einer finanziellen Unterversorgung im Bereich des Brand- und Katastrophenschutzes nicht ausgegangen werden.

In Vertretung:
Randolf Stich
Staatssekretär

